

Positionspapier der Energieintensiven Industrien in Deutschland zur Stromnetzinfrastruktur

(November 2025)

Das deutsche Stromnetz entwickelt sich zum Dreh- und Angelpunkt der Energiewende. Es bildet die Grundlage, um Elektrifizierung zu ermöglichen, die in fast allen Sektoren eine sehr wichtige Säule der Transformation zur Klimaneutralität darstellt. Richtigerweise ist daher auch im Koalitionsvertrag festgehalten, dass die Kosten für Netzanschlüsse für bestehende Unternehmensstandorte auf dem Weg zur Transformation gesenkt und die Genehmigungsverfahren vereinheitlicht werden sollen (Z. 995f).

Der Zugang zum Stromnetz ist aber durch einen regulativen Flickenteppich gekennzeichnet, der zunehmend der volkswirtschaftlichen Gesamteffizienz zuwiderläuft. In der Folge wird es immer komplexer an Netzanschlusskapazitäten zu kommen und auch die Netzentgelte steigen stark, was wiederum die Attraktivität der Elektrifizierung und letztlich der Transformation schmälert.

Auch die Industrie, insbesondere die Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID), sind auf einen ausreichend großen Zugang zur Stromnetzinfrastruktur angewiesen, der zudem zu wettbewerbsfähigen Kosten bereitgestellt werden muss. Je nach Branche kann es dabei um eine Vervielfachung der heutigen Netzanschlusskapazität gehen. Da liegt es nahe, dass der Bedarf nicht nur durch Netzzubau gedeckt werden kann, sondern dass es auch mehr Effizienz im Stromsystem braucht. Aus Sicht der EID sind drei Handlungsfelder besonders entscheidend. Erstens müssen alle netzkostenverursachenden Akteure an der Kostenumlegung beteiligt werden. Das schließt insbesondere auch Einspeiser und nicht ausschließlich netz- und versorgungsdienlich agierende Stromspeicher ein. Zweitens braucht es ein geordnetes Verfahren und eine Priorisierung bei der Vergabe neuer Netzanschlusskapazitäten, die den volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen stärker in den Vordergrund stellt. Drittens müssen bestehende Effizienzpotentiale konsequenter gehoben und Anreize zur Erhöhung der Netzauslastung geschaffen werden.

1. Kostenbeteiligung aller Akteure

Bisher werden die Netzkosten nahezu ausschließlich auf die Verbraucher umgelegt. Da in der Vergangenheit auf der Erzeugerseite hauptsächlich große Kraftwerke standen, bei denen auch anderweitig eine effiziente Standortauswahl/Stromnetznutzung gewährleistet werden konnte, war dies sachgerecht. Mit der zunehmenden Dezentralisierung sowie ungesteuerter Volatilität der Einspeisung hat diese Vereinfachung jedoch keine Berechtigung mehr. Insbesondere neue EE-Anlagen, die an ein bereits stark einspeisegetriebenes und ausgelastetes Netzgebiet angeschlossen werden wollen, verursachen Zusatzkosten, die sie aber bisher nicht zu tragen haben.

Dieser Umstand muss dringend geändert werden. Auch jene Speicherprojekte, die engpassverschärfend und damit netzkostentreibend wirken, dürfen nicht weiter von den selbst verursachten Kosten entkoppelt werden, sondern müssen angemessen an den Netzkosten beteiligt werden. Entsprechend sollte eine Fortführung der Netzentgeltbefreiung von Batteriespeichern dringend an Netzdienlichkeitskriterien, beispielsweise über flexible Netzanschlussverträge, geknüpft werden.

2. Priorisierung von Netzanschlussanfragen

Das bisherige Windhundprinzip bei der Vergabe von Netzanschlüssen passt nicht zur Transformation des Stromsystems. Der volkswirtschaftliche Gesamtnutzen droht dabei verloren zu gehen. Es braucht ein geordnetes Vergabeverfahren sowie eine Priorisierung von Projekten anhand angeschlossener Wertschöpfung durch Industrie, ortsgebundenen Bestandsanschlüssen von Verbrauchern und anhand einer hohen verbindlichen Zahlungsbereitschaft. Denkbar wäre beispielsweise die Reservierung eines Industrie- und eines offenen Auktionsanteils für zusätzliche Netzanschlusskapazitäten. Eine nur anteilige Gewährung angefragter Entnahmeleistung ist zu vermeiden, da Industrieprojekte (im Gegensatz zu Batteriespeichern) nur sehr beschränkt skalierbar sind und dies somit zum Scheitern eines geplanten Industrieprojekts führen könnte. In der Praxis würde dies vor allem zu Lasten von Speicherprojekten erfolgen, die durch eine Überprivilegierung mit einer völlig überhöhten Gesamtanfrage die Transformation an anderer Stelle ausbremsen und deren Wirtschaftlichkeit bedrohen. Laut Mitteilungen der Übertragungsnetzbetreiber liegen bei Speicherprojekten die Anfragen bereits bei mehreren 100 GW Netzanschlusskapazität, Tendenz steigend.

3. Kosteneffizienzen heben

Das Stromnetz ist vielfach auf teure Sicherheiten ausgelegt. Diese sind in einigen Fällen auch notwendig, beispielsweise wenn selbst ein kurzfristiger Ausfall eine Industrieanlage zerstören kann. In vielen Fällen ist sie aber auch nicht nötig, zum Beispiel bei PtH-Lösungen mit Redundanz auf Brennstoffbasis. Es braucht verstärkte Anreize, damit Netzbetreiber auch Netzanschlüsse ohne diese Sicherheit anbieten können und letztlich eine höhere Netzauslastung forcieren.

Die Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) sind die gemeinsame Plattform der Energieintensiven Industrien in Deutschland. Unter ihrem Dach bündeln die Branchen Baustoffe, Chemie, Glas, Nichteisen-Metalle, Papier und Stahl ihre gemeinsamen energie- und klimapolitischen Positionen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Diese Branchen sind der industrielle Kern der Volkswirtschaft, die unverzichtbare Grund- und Werkstoffe für die Industrie liefern.

Registernummer im Lobbyregister (EID): R001128

Kontakt:

Matthias Belitz – Geschäftsführer
Neustädtische Kirchstraße 8 | 10117 Berlin
0160 97281532 | belitz@energieintensive-industrien.de